

Claver auf die Früchte der beharrlichen Arbeit seit 1987 hingewiesen. Die Zahl der Mitarbeiter ist gewachsen, auch hat sich die lokale Unterstützung der Arbeit sehr verstärkt, so daß sich die Abhängigkeit von ausländischen Hilfsorganisationen stark verringert hat.

Es gibt auf den Philippinen eine Vielzahl von sozialen Initiativen von Ordensschwestern und engagierten Frauen. Eine dieser Gruppen ist GABRIELA, eine Gruppe von Frauen, die sich gegen die sexuelle Ausbeutung und andere Formen der Diskriminierung von Frauen in der philippinischen Gesellschaft wendet und den betroffenen Frauen Hilfe und Unterstützung gewährt. Seit 1986 besteht ferner das von den Benediktinerinnen in Manila gegründete Institut für Frauenstudien mit Sr. *Mary John Mananzan* OSB als Leiterin, das sich als Ziele die Bewußtseinsveränderung der Frauen, Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet von Frauenfragen, Ausbildungskurse zur Verbesserung der Situation von Frauen und Studien sowie Publikationen auf dem Gebiet der feministischen Theologie gesetzt hat. Zu nennen wären auch die Beiträge von Ordensschwestern im ländlichen Apostolat und anderen sozialen Aufgaben.

Wohl auch als Reaktion auf die starke Fixierung auf soziale Fragen, verbunden mit einer Politisierung und ideologischen Verbohrtheit bei vielen kirchlichen Mitarbeitern, Priestern, Ordensleuten und Mitgliedern von Aktionsgruppen, läßt sich seit 1986 ein deutliches Anwachsen der *charismatischen Bewegungen* innerhalb der katholischen Kirche auf den Philippinen beobachten. Es handelt sich dabei um Bewegungen, die von Laien gegründet und geleitet werden. Ein herausragendes Beispiel ist die Gruppe *El Shaddai*, die zwei oder sogar drei Millionen Mitglieder haben soll. Gegründet wurde *El Shaddai* 1985 von *Mike Velarde*, der ursprünglich Immobilienhändler war, dann durch geistige Erlebnisse zu einem wiedergeborenen Katholiken wurde. Mike Velarde hat immer betont, daß er sich der katholischen Kirche zugehörig fühlt und keine Sonderbewegung ins Leben rufen möchte. Er versteht seine Rolle als Zündfunke, der bei den Menschen Glauben wecken soll. Die eigentlich priesterlichen Aufgaben sieht er nicht als seine Sache an.

Die philippinische Bischofskonferenz hat Velarde 1993 ein-

geladen, seine Bewegung auf einer ihrer Sitzungen vorzustellen. Die Hierarchie hat seine Arbeit begrüßt und bemüht sich, durch die Bereitstellung von Priestern die Bewegung innerhalb der Kirche zu halten. Tätig sind Gruppen wie *El Shaddai* nicht nur im Inland, sondern auch sehr stark unter den ausländischen Kontraktarbeitern. Eine andere charismatische Bewegung ist der *Jesus Wunder-Kreuzzug* (Jesus Miracle Crusade), der von protestantischen Christen gegründet wurde. Wie der Name schon sagt, stehen bei dieser Gruppe Wunder, wie die Heilung von Krankheiten oder die Linderung materieller bzw. spiritueller Nöte, im Mittelpunkt.

Die charismatischen Gruppen helfen ihren Mitgliedern, das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft zu vermitteln, die in Gottesdiensten, im Tanz, aber auch in der gegenseitigen Hilfestellung im Alltag erfahren wird. An Gesellschaftsveränderungen sind diese Gruppen nicht interessiert. Höchstens verschaffen sie ihren Mitgliedern durch den Aufbau von gewissen genossenschaftlichen Organisationsformen die Möglichkeit, sich gegenseitig finanziell zu unterstützen. Bewegungen wie die *El Shaddai* werden von einigen in der katholischen Hierarchie auch deswegen begrüßt, weil sie eine Antwort auf die evangelikalen Sekten darstellen, die aus den USA kommend mit ihrer lauten Propaganda und charismatischen Frömmigkeitsformen versuchen, Katholiken für sich zu gewinnen. Seit einigen Jahren ist auch die Mun-Sekte auf den Philippinen sehr aktiv. Anfang dieses Jahres kam es anläßlich einer von Mun in Manila vorgenommenen Massentrauung hunderter seiner Mitglieder zu einer kontroversen Diskussion über den Charakter dieser Sekte.

Eine besondere Form von Volksreligiosität sind die Frauen, die alte vorchristliche religiöse Traditionen auf den Philippinen, bei denen es Priesterinnen gab, wieder beleben möchten und besonders auf Frauen eine große Anziehungskraft ausüben. Das Zentrum dieser Gruppen liegt auf dem Berg Banahaw, einem als heilig geltenden Ort, wo einige der Priesterinnen ihren Sitz haben. Die Frauen leben in kleineren Gemeinschaften, machen bestimmte Übungen, um in den Zustand der Ekstase zu geraten, verfügen über heilende Kräfte und sind Beraterinnen in Nöten für die Menschen, die zu ihnen kommen.

Georg Evers

Kurzinformationen

Vorschläge des ZdK für ein gemeinsames Europa

Im Vorfeld der Regierungskonferenz zur Überprüfung des *Vertrags von Maastricht*, die am 29. März in Turin begann, veröffentlichte das Zentralkomitee der deutschen Katholiken einen

Katalog von Überlegungen und Forderungen. An besonders dringlichen Herausforderungen nennt das Laiengremium in seiner Erklärung unter anderem: Notwendig sei eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik sowie eine gemeinsame Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, in der gemeinschaftliche Anstrengungen zur

Verbesserung der Wirtschaftsstruktur sowie eine gezielte Bildungs- und Ausbildungspolitik möglich werden. Die gemeinsame, „abgestimmte und solidarische“ Flüchtlings-, Asyl- und Einwanderungspolitik müsse bei den Ursachen für Flucht- und Wanderungsbewegungen ansetzen. Für die gemeinsame Politik gegen Drogen und

Kriminalität habe der Maastricht-Vertrag bereits wichtige Voraussetzungen für ein gemeinsames Vorgehen geschaffen, die jedoch bisher von den Mitgliedsstaaten nicht erfüllt worden seien. Schließlich fordert das ZdK gemeinsame „hohe Standards“ in der Umwelt und Verbraucherpolitik, wobei auch gleiche Wettbewerbsbedingungen gewährleistet sein müßten, und gemeinsame Kriterien in der Bioethik. Weiter erinnert die Erklärung an die „historische Aufgabe“, die Europäische Union für die Staaten Mittel- und Osteuropas zu öffnen. Ausdrücklich mahnt das Gremium überdies, die Handlungsfähigkeit der EU müsse gestärkt, die Bürger in Zukunft über politische Entscheidungen besser informiert, aber auch beteiligt werden. Das Prinzip der Einstimmigkeit dürfe nur für wenige, sensible Bereiche gelten, Entscheidungen durch qualifizierte Mehrheitsvoten müßten auch in den Bereichen der Außen-, Sicherheits- und Sozialpolitik möglich sein. Zudem wird angemahnt, die Befugnisse des Europäischen Parlamentes zu stärken.

Kontroverse um mögliche Rehabilitation von Hans Küng

Die mit dem Ende des Wintersemesters 1995/96 erfolgte Emeritierung von *Hans Küng* hat zu einer Kontroverse um eine mögliche Rehabilitation geführt. Der Dekan der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Tübingen, *Herbert Niehr*, erklärte Mitte Februar, die Fakultät fordere die „volle Rehabilitation von Hans Küng als katholischem Theologen“. Die Fakultät bitte den Bischof von Rottenburg-Stuttgart, *Walter Kasper*, und die römische Glaubenskongregation, „die derzeitige Situation einer Neubewertung zu unterziehen“. Fünf Tage später distanzierte sich der Dogmatiker *Peter Hünermann* von dieser Erklärung des Dekans seiner Fakultät. In einem Brief an Niehr stellte Hünermann fest, der Anschein, hinter der Erklärung des Dekans stünden alle Professoren, beruhe auf einer „Vorspiegelung falscher Tatsachen“.

Hünermann würdigte in seinem Brief das „imponierende theologische Œuvre“ Küngs, vermißte jedoch in der Erklärung Niehrs „die kritische Unterscheidung und den Blick aufs Ganze“. Küng besitze „das Charisma des weiträumigen Aufrisses von Problemfeldern und der wirkungsvollen Vermittlung theologischer Sachverhalte“. Er besitze jedoch nicht „das Charisma, auf schwierigen Problemfeldern ausgewogene Konsensformeln in der Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Gesprächspartnern zu erarbeiten“. Nachdem sich noch weitere Fakultätsmitglieder, z. T. öffentlich, von der Erklärung distanziert hatten, äußerte sich schließlich auch Bischof Kasper zu der Frage. Das in der Erklärung vorgetragene Anliegen nehme er ernst. Er würde es begrüßen, „wenn eine Beilegung des Konflikts möglich würde“. Küngs früherer Fakultätskollege wies darauf hin, „kein Kundiger“ werde Küng „die Anerkennung für zahlreiche Leistungen auf dem Gebiet der Theologie versagen“. Zu bedauern sei jedoch „daß er dies immer wieder im Konflikt mit wesentlichen Aussagen der kirchlichen Lehre und unter teilweise scharfer und persönlicher Polemik gegen das kirchliche Lehramt getan“ habe. Der Schlüssel zu einer vollen Rehabilitation Küngs liege entscheidend bei ihm selbst. Zum Gespräch über die theologischen Sachfragen und „gegebenenfalls zur Vermittlung mit den dafür zuständigen römischen Instanzen“ sei er – „wie schon bisher“ – bereit.

Gedenkveranstaltungen zum 450. Todestag Martin Luthers

Aus Anlaß des 450. Todestags von Martin Luther fanden am 17. und 18. Februar in Eisleben Gedenkveranstaltungen statt. Im Festakt der Stadt Eisleben (Luthers Geburts- und Sterbestadt) in Sachsen-Anhalt wies Bundespräsident *Roman Herzog* darauf hin, daß Luther den Deutschen nicht allein, ihnen aber gemeinsam gehöre: Zum einen begehe man den ersten „runden“ Luther-Gedenktag seit der

Wiedervereinigung, zum anderen begegneten sich im Gedächtnis an Luther Katholiken und Protestanten, Christen und Nichtchristen, Gläubige und Nichtgläubige. Luther sei längst zur Symbolgestalt geworden: „Mit ihm hielten ein neuer Geist und eine neue Sprache Einzug in eine Zeit, die statt erstarrter Konventionen neue Vergeistigung und Mündigkeit verlangte“. Bei der kirchlichen Gedenkveranstaltung am 17. Februar sagte Bischof *Karl Lehmann*, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, auch katholische Christen könnten den 450. Todestag Luthers wie schon 1983 die 500. Wiederkehr seines Geburtstags guten Gewissens mitfeiern. Als wichtigste Lehre der Luther-Gedenktage nannte Lehmann: „Wir bleiben den Vätern im Glauben nur treu, wenn wir ihre unbedingte Wahrheitsliebe nicht verleugnen.“ Ökumenische Arbeit sei für die Wahrheit und konfessionalistischer Verbortheit: „Unsere Generationen müssen, gerade wenn wir auf Martin Luther schauen, das Wagnis vollbringen, um der Wahrheit und der Liebe willen den Brückenschlag weiter voranzutreiben.“ Die evangelischen und katholischen Bischöfe bzw. Kirchenpräsidenten in Sachsen-Anhalt und Thüringen veröffentlichten zum 450. Todestag Luthers ein gemeinsames Wort, das als grundlegende Frage Luthers an die Gegenwart u. a. die nach dem Verhältnis zur Heiligen Schrift nennt. Gleichzeitig wird daran erinnert, Luthers Verständnis der Heilskraft des Wortes habe ihn nicht zu einer Minderschätzung des Sakraments geführt.

Der Schweizerische Evangelische Kirchenbund setzt auf Demokratisierung

An einer außerordentlichen Abgeordnetenversammlung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK) haben die Delegierten der 22 Mitgliedskirchen eine Öffnung der Abgeordnetenversammlung beschlossen. Zudem beschlossen sie die Umwandlung der SEK-Werke „Brot für

alle“ (Fastenaktion) und HEKS (Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz) in selbständige Vereine. Mit der Öffnung der Abgeordnetenversammlung wird das Parlament des Schweizer Protestantismus nicht mehr ausschließlich eine Delegiertenversammlung der Mitgliedskirchen sein und also nicht mehr nur den territorial organisierten und kirchlich-parlamentarisch strukturierten Protestantismus repräsentieren (HK, August 1995, 429 ff.). Die Abgeordnetenversammlung soll künftig um kooptierte Delegierte aus „lieux d'Église“, aus Gruppierungen und Organisationen erweitert werden. Diesen zusätzlichen Delegierten soll das volle Stimm- und Wahlrecht eingeräumt werden. Ob im Blick auf die Kooptierung diese „lieux d'Église“ zu Bereichskonferenzen zusammengefaßt werden sollen, ist noch offen; Konferenzen gibt es bereits für die Bereiche Diakonie und Liturgie, für die Bereiche Erwachsenenbildung, Frauenfragen und Medien wurden sie angeregt. Die juristische Verselbständigung der Werke wurde wegen des neuen Bundessteuergesetzes notwendig. Die Frage war bloß, ob sie als Stiftungen oder Vereine konstituiert werden sollen. Das Stiftungsmodell hätte zu einer Straffung der Entscheidungsstrukturen und zu einer Stärkung der Exekutive geführt. Die Abgeordnetenversammlung entschied sich für das Vereinsmodell und damit für die basisdemokratische Variante. Mitglieder der Vereine können die Mitglieder des SEK werden, und die Delegiertenversammlungen des SEK und der Werke, also die Legislativen, müssen identisch sein, während die Vorstände, also die Exekutiven, frei gewählt werden können. Mit dieser Lösung ist nicht ausgeschlossen, daß Mitgliedskirchen aus ideologischen Gründen einem Werk nicht beitreten bzw. aus ihm austreten.

Nationales kubanisches Kirchentreffen

Zum zweiten Mal seit der Revolution 1959 und zehn Jahre nach dem ersten Treffen von 1986 trafen sich vom 21.

bis 25. Februar rund 150 Delegierte aus den zehn Diözesen Kubas zu einem nationalen kubanischen Kirchentreffen, um mit Blick auf die Jahrtausendwende pastorale Richtlinien festzulegen. Dabei bekräftigte die Mehrheit der Delegierten einen prophetischen, der Gesellschaft zugewandten, an ihr teilnehmenden und an der Förderung der Menschlichkeit orientierten Dienst der Kirche. Bei seinem Rückblick auf die vergangenen zehn Jahre zeichnete der Erzbischof von Havanna, Kardinal *Jaime Ortega y Alamino*, ein von Höhen und Tiefen geprägtes Verhältnis zwischen Kirche und Staat. Trotz der Gewährung von mehr Religionsfreiheit sei die Kirche immer noch in ihrer Aktionsfreiheit beschränkt. Unter anderem bedauerte er die fortbestehenden Restriktionen gegenüber ausländischen Priestern. Die Aufgabe des Atheismus als Staatsideologie aber habe grundsätzlich die Möglichkeit des Dialogs verbessert. In seiner vom päpstlichen Sondergesandten Kardinal *Carlo Furno* vor den Delegierten verlesenen Botschaft rief *Johannes Paul II.* Staat und Kirche zu einem offenen Dialog auf, unterstrich dabei aber auch, die kubanische Kirche fordere nichts als das Recht auf freie Tätigkeit. Erneut bekräftigte der Papst dabei seinen Wunsch nach einem Besuch in Kuba in nicht allzu weiter Ferne. In der Zeit des Kirchentreffens kam es auch zu einer Begegnung zwischen dem päpstlichen Sondergesandten und Präsident *Fidel Castro*. Bei der Abschlußveranstaltung des Treffens würdigte die Verantwortliche für religiöse Angelegenheiten im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kubas, *Caridad Diego*, besonders den sozialen Einsatz der katholischen Kirche. In einem Interview mit „*La Croix*“ (29.2.96) unterstrich sie jedoch mit Verweis auf einen Hirtenbrief der kubanischen Bischofskonferenz aus dem Jahr 1993, der seinerzeit für erhebliche Verstimmung bei der Regierung und heftige antikirchliche Attacken in den offiziellen Medien geführt hatte: Ein Papstbesuch setze ein noch besseres Verhältnis zwischen Regierung und katholischer Hierarchie voraus.

Amerikanische Bischöfe äußern sich über „kleine kirchliche Gemeinschaften“

Die Kommission der US-amerikanischen Bischofskonferenz für die Angelegenheit der „Hispanics“ veröffentlichte eine Stellungnahme zur Situation sogenannter „kleiner kirchlicher Gemeinschaften“ („small church communities“), wie sie nach dem Vorbild lateinamerikanischer Basisgemeinschaften in den USA bestehen (Wortlaut in: *Origins*, 25. 1. 96, S. 513 ff.). Für die aus Mittel- und Südamerika eingewanderten Katholiken sei der Glaube „eng verknüpft mit kulturellen Ausdrucksformen ihrer Identität“. „Kleine kirchliche Gemeinschaften helfen den ‚hispanics‘, ihre kulturell geprägte Glaubensidentität auf eine persönliche Weise zu stärken und gemeinschaftlich die Verkündigung des Evangeliums zu betreiben“. Diese Gemeinschaften erlaubten es den eingewanderten Latinos, ihre „reichen kulturellen und religiösen Ausdrucksformen und Familienwerte zu bewahren und miteinander zu teilen, die es ihnen erlauben, die Herausforderungen einer sich rapide verändernden Welt zu bestehen“. Das Dokument betont einerseits die Einbindung bzw. Nähe zu den übrigen kirchlichen Strukturen, betont andererseits ihre legitime Eigenständigkeit und nimmt die Gemeinschaften zugleich gegen den Vorbehalt in Schutz, sie betrieben „Trennung von der Pfarrei“. Ein zentraler Satz des bischöflichen Dokuments zur Zielbestimmung solcher Gemeinschaften lautet: „Die Stärke kleiner Gruppen rührt von dem gemeinsamen Bemühen her, auf eine persönlichere Weise nach einem christlichem Leben Ausschau zu halten und zugleich doch auf engste Weise verbunden zu bleiben mit der universalen Mission der Kirche.“ In einem Abschnitt zu ekklesiologischen Aspekten des Themas heißt es u.a.: „Kleine kirchliche Gemeinschaften sind keine neue Bewegung in der Kirche. Noch sind sie einfach Nachbarschaftsgruppen innerhalb der Pfarrei. Sie sind selbst Kirche“.